



Nachkriegszeit: Trauer, Trümmer, Aufbruch
Heute vor 75 Jahren wurde die SPD in der Stadt wieder
begründet – dann aber erst am 5. Januar 1946 tatsächlich
lizenziiert. Der Reigen der Partei-Neugründungen wurde damit
eröffnet.

Neue Westfälische 26. Oktober 2020

von Joachim Wibbing



Links: Ein SPD-Wahlplakat zur ersten freien Kommunalwahl im Herbst 1946 mit der Ermutigung zum „Neuaufbau“. Foto: Stadtarchiv Bielefeld



Rechts: Auch die CDU strebte ein „neues Fundament“ für das Land an. So sah das Werbeplakat für die Kommunalwahl 1946 aus. Foto: Stadtarchiv Bielefeld

Bielefeld. Am 26. Oktober 1945 – heute vor 75 Jahren – wurde die sozialdemokratische Partei Bielefelds in der Rudolf-Oetker-Halle nach der Zeit des NS-Regimes feierlich wieder begründet. Die erforderliche Lizenzierung durch die britische Besatzungsmacht erfolgte jedoch erst am

5. Januar des folgenden Jahres. Die SPD eröffnete damit den Reigen der Neu- oder Wiedergründungen der politischen Parteien auf kommunaler Ebene: der CDU, der KPD, der FDP und des Zentrums. Bis zum 15. September 1945 hatte es ein Versammlungsverbot gegeben, was die Bildung von Parteien unmöglich machte.

DIE SPD

Die SPD-Funktionäre aus der Weimarer Republik hatten die NS-Zeit zumeist überlebt. Die Partei konnte deshalb organisatorisch an die Zeit vor 1933 anknüpfen. Viele Jüngere waren zudem im Krieg gefallen. So „mussten noch einmal die Alten ran“: Carl Severing (1875-1952), Carl Schreck (1873-1956) und Emil Groß (1904-1967), Artur Ladebeck (1891-1963) und Josef Köllner (1872-1951). Am 5. Oktober 1945 wurde bei der Militärregierung der Antrag auf Zulassung gestellt. Drei Wochen später konnte die Partei am 26. Oktober im Beisein von Vertretern der Militärregierung in der Oetkerhalle die Gründungsversammlung des Kreisvereins Bielefeld-Stadt vollziehen. Die offizielle Zulassung erfolgte jedoch erst am 5. Januar 1946. Sehr bald hatte die SPD in Ostwestfalen-Lippe die Mitgliederzahlen von 1932 überschritten. Anfang 1948 gab es bereits 6.806 Mitglieder in Bielefeld. Seit dem 3. April 1946 verfügte die SPD mit der „Freien Presse“ über eine eigene Zeitung in Bielefeld.



Beim Wiederaufbau der Bielefelder SPD waren die erfahrenen und altgedienten Genossen gefragt: so der frühere preußische und Reichsinnenminister Carl Severing (links) oder der langjährige Stadtverordnete Carl Schreck (rechts). Foto: Stadtarchiv Bielefeld

DIE CDP/CDU

Am 25. November 1945 versammelten sich im „Ratskeller“ knapp 30 Personen und beauftragten den Architekten Bernhard Kramer (1859- 1953), den Weinhändler Franz Biermann (1891-1970), den Bücherrevisor Max Will und den Tischler Heinrich Haselhorst mit der Gründung einer „Christlich-demokratischen Partei“, „CDP“, für die Stadt Bielefeld. Kramer gehörte der Freimaurer-Loge „Armin zur Deutschen Treue“ an und bekleidete sogar das hohe Amt eines „Meisters vom Stuhl“. Auch Will war Freimaurer. Heinrich Haselhorst gehörte den christlichen Gewerkschaften an. Am 4. Dezember des Jahres wurde dann ein Gesuch bei der Militärregierung eingereicht, um eine „Christliche Demokratische Partei“ zuzulassen. Am 2. März 1946 fand die Gründungsfeier in der Oetkerhalle statt. Der Name wurde nach einem Beschluss auf einer „Reichstagung“ in Bad Godesberg vom 28. Dezember 1945 mit „Christlich Demokratischer Union“ festgelegt. Erster Vorsitzender wurde Bernhard Kramer und Franz Biermann sein Stellvertreter. Heinz Peiniger, der Neffe des Weinhändlers Biermann, weiß zu berichten: „In der Familie hieß es immer, dass der Onkel die CDU im ‚Kohlenkeller‘ mit begründet hätte.“ Tatsächlich besaß Biermann in der Nähe des heutigen „Brauhaus Albrecht“ am „Mirabellenplatz“ einen Wein- und Kohlenkeller. Zahlreiche oberirdische Gebäude waren im Altstadtbereich durch Luftangriffe ja zerstört. Im Gegensatz zu den Arbeiterparteien SPD und KPD konnte die CDU beim politischen Neuaufbau nicht auf eine bereits in der Weimarer Republik vorhandene Organisationsstruktur zurückgreifen, führt der Bielefelder Historiker Martin Löning aus. Auch Doktor Viktoria Steinbiß, geborene Klarhorst (1891- 1971) machte in dieser Zeit erste Schritte zu einer politischen Karriere. Die CDU zählte am Ende des Jahres 1946 insgesamt 360 Mitglieder in der Region Bielefeld. Sie besaß im „Westfalenblatt“ ein wichtiges publizistisches Sprachrohr.

KPD, FDP, DAS ZENTRUM

Am 27. September 1945 stellte die KPD einen Antrag auf Wiederezulassung. Am 6. November 1945 genehmigte die Militärregierung die Partei und am 19. Dezember 1945 folgte die öffentliche Gründungsversammlung im „Fichtenhof“. Dem ersten Unterbezirks-Vorstand gehörten fast ausnahmslos Kommunisten an, die bereits in der Weimarer Republik aktiv waren. Hier ist besonders Paul Jagenburg (1889-1975) zu nennen. Für die Parteiarbeit von besonderer Wichtigkeit war die Tageszeitung „Volks-Echo“. Die FDP Bielefeld knüpfte bei ihrer Gründung nach 1945 bewusst an die Tradition der linksliberalen DDP an. Die Gründung einer „Deutschen

Demokratischen Partei“ erfolgte auf Betreiben des Geschäftsführers der Ravensberger Heimstättengesellschaft, Friedrich Hoepner (1889- 1955), in Verbindung mit dem Amtsgerichtsrat Carl Jokusch (1875-1950) und dem Architekten Walter Buddeberg (1890-1968). Erst am 10. November 1945 wurde bei der Militärregierung ein Gründungsantrag gestellt. Nach mehreren Beschwerden bei der Militärregierung wurde die FDP Bielefelds schließlich am 8. April 1946 zugelassen. Ihre Mitgliederzahl blieb aber nur klein. Ende 1949 zählte man nur gut 100 Mitglieder. Die örtliche Zentrumspartei wurde am 18. Juli 1946 durch Flüchtlinge aus den katholischen Gebieten Schlesiens neu gegründet, blieb aber bedeutungslos.



Der Architekt Bernhard Kramer (Bildmitte ohne Hut) bei einer Grundsteinlegung. Er war bei der Gründung der örtlichen CDU bereits ein hochbetagter Mann. Foto: Stadtarchiv Bielefeld

1. KOMMUNALWAHL 1946

Die britische Militärregierung hatte die erste freie Kommunalwahl seit dem Jahre 1932 auf den 13. Oktober 1946 angesetzt. Jochen Rath, Historiker und Leiter des Stadtarchivs betont, dass die „Re-Demokratisierung Deutschlands“ zunächst auf kommunaler Ebene eingeleitet werden sollte;

„die Stärke der Demokratie liege bei den Gemeinden.“ Das Wahlergebnis: Die SPD errang mit 50,2 Prozent der Stimmen 22 der 39 Sitze. Die CDU folgte mit 39,4 Prozent und 16 Sitzen. Die KPD errang mit 6,0 Prozent ein Mandat. Drei Parteien zogen ein, eine blieb draußen: Die FDP verpasste mit 4,3 Prozent den Einzug. Weitere Parteien waren nicht angetreten. Mehr als 80 Prozent der Bielefelderinnen und Bielefelder gingen damals an die Wahlurnen. Bei der Kommunalwahl in diesem Jahr waren es 53,6 Prozent.



Die CDU-Politikerin Viktoria Steinbiß verdiente sich ihre ersten Meriten in der Stadtpolitik. Hier empfängt sie Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876-1967) Anfang der 1960er. Foto: Sammlung von Hollen